

Aussprache zur Regierungserklärung: Koalition vermisst die Alternativen

Reform von Regierung und Verwaltung vom Kopf her

Am 17. Juni hat der neu gewählte Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) dem Landtag seine Regierungserklärung vorgelesen. Die Aussprache im Plenum über diese Regierungserklärung fand zwei Tage später statt und begann — wir berichteten bereits darüber — mit der Stellungnahme des Oppositionsführers Dr. Helmut Linssen (CDU). Im folgenden setzen wir die Berichterstattung über die Aussprache mit den übrigen Rednerinnen und Rednern fort.

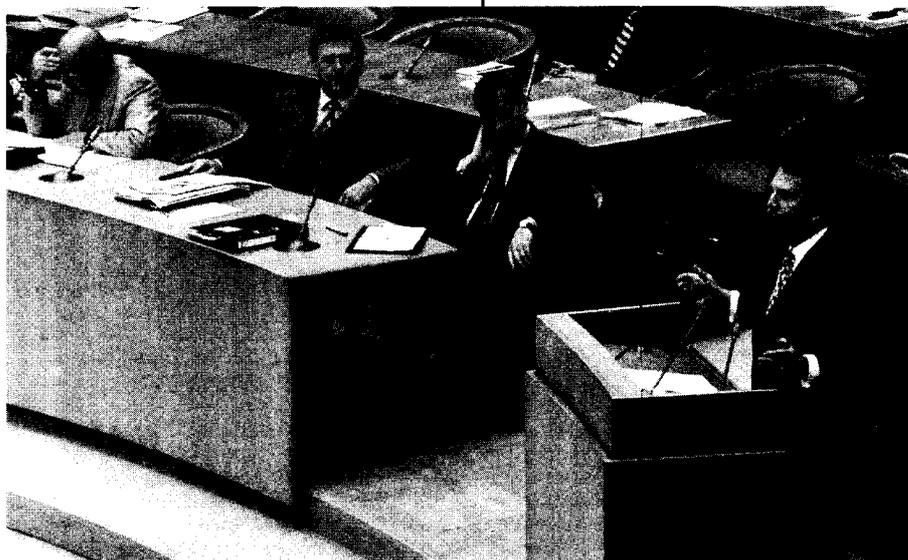
Klaus Matthiesen, SPD-Fraktionsvorsitzender, urteilte über die Rede des Oppositionsführers, sie habe anders nicht sein können und sei auch nicht die beste gewesen, die er im Parlament gehalten habe. Denn Linssen habe sich selbst vor zwei Jahren in eine „strategische Verwirrung“ begeben, als er den Wirtschaftsminister in fast jeder Debatte gelobt habe — und jetzt kriege er nicht mehr die „Kurve“. Während der neue Ministerpräsident einen „Blitzstart“ hingelegt habe, sei die Opposition in den Startlöchern sitzengeblieben und habe die erste Runde „verpennt“. Es sei ganz klar, wer im Jahr 2000 als erster durchs Ziel gehen werde: Wolfgang Clement, prophezeite Matthiesen und sagte dem Ministerpräsidenten die Unterstützung der SPD-Fraktion zu. Die Ziele der neuen Landesregierung zur Modernisierung des Landes orientierten sich an dem „Viereck aus Arbeit und Ausbildung, Bildung und soziale Gerechtigkeit, Verantwortung für die Umwelt und solide Finanzen“. Die Probleme würden weltweit größer, während die landesweiten Handlungsspielräume geringer würden, das Land müsse sich auf „Zukunftspfade“ einstellen. Deswegen und angesichts der hohen Arbeitslosigkeit sei die Wettbewerbsfähigkeit des Industrie- und Wirtschaftsstandorts zu sichern — „mit oberster Priorität“. Nur mit Innovation auf allen Ebenen seien mehr Erwerbsarbeitsplätze zu schaffen, im Bildungs- und Ausbildungsbereich, in der Infrastruktur, in der Förderung der modernen Schlüsseltechnologien, in Forschung und Entwicklung sowie in einer aktiven Strukturpolitik. Um den Handlungsspielraum zu erweitern, komme man auch um Eingriffe in Leistungsgesetze nicht herum, kündigte Matthiesen an; die notwendige Sparoperation nötige der Koalition eine große Kraftanstrengung ab, wenn sie dies schaffe, „ist das ein wichtiger Beweis für ihre politische Gestaltungsfähigkeit“. Matthiesen unterstrich die Notwendigkeit von Garzweiler II und erklärte, man gehe davon aus, daß die wasserrechtliche Genehmigung bald erteilt werde. Der Fraktionschef schloß seine Rede mit den Worten: „Nordrhein-Westfalen ist ein stolzes Land. Nordrhein-Westfalen hat viele Krisen gemeistert. Nordrhein-Westfalen wird auch den neuen Herausforderungen unter neuen Rahmenbedingungen gerecht.“ Dabei könne das Land sich

„auf die landespolitische Führungskraft und auf den Stabilitätsfaktor SPD verlassen“.

Gisela Nacken (GRÜNE) erklärte: „Mitgestalten bedeutet für uns GRÜNE, die Richtung und das Tempo der Veränderung immer wieder zu überprüfen. Denn alle müssen mitkommen können: junge und leistungsstarke Menschen genauso wie die älteren Menschen oder ängstliche Menschen. Ziel der Veränderung und des Tempos muß eine solidarische Gesellschaft bleiben.“ Und weiter: „Vieles können wir in Nordrhein-Westfalen tun. Das haben wir in den vergangenen drei Jahren bewiesen. Wir werden es noch konzentrierter als bisher fortsetzen.“ Die Union biete keine einzige konkrete Alternative zur Landesregierung, die Menschen im Lande erwarteten mehr von ihr als bloße „Luftblasen“. Viele von den Schwerpunkten, die der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung genannt habe, würden von ihrer Partei seit langem vertreten, etwa die Regierungsreform, die den Anfang für weitere strukturelle Veränderungen machen solle, sowie Verwaltungsreform und Immobilienmanagement. Die Erklärung habe klare Leitlinien aufgezeigt, sie verbinde Kontinuität und Reform und sei keineswegs das Dokument des Stillstands, von dem die Opposition gesprochen habe. Das Land müsse zum Vorreiter bei der Auflösung des Reformstaus werden, dazu seien neben schmerzhaften

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) verteidigte die Zusammenlegung von Innen- und Justizministerium: Es gehe dabei nicht um die Antastung der dritten Gewalt, sondern ausschließlich um Exekutivfunktionen. Den Vergleich mit belgischen Verhältnissen (Dutroux-Affäre) bezeichnete er als „obszön“ und verwies auf die „urdemokratische“ Schweiz, wo Justiz und Polizei in einem Ressort vereinigt seien. Regierungs- und Verwaltungsreform müsse am Kopf beginnen, fuhr er fort und hielt der Landesopposition das unglückliche Beispiel der Bonner Regierung mit ihrer „gewaltigen“ Zahl von Ministerien, Staatssekretären — Parlamentarischen Staatssekretären und beamteten Staatssekretären — und vor allem der wachsenden Zahl von Vorschriften vor. Auch bei den Steuersenkungen könne die Düsseldorfer CDU nicht auf Bonn zeigen, denn das habe in 16 Jahren, sage und schreibe, 20 Steuererhöhungen durchgesetzt — „das ist eine Leistung, an der Sie sich messen lassen müssen“, sagte Clement und machte zugleich deutlich, daß man nicht, wie die CDU im Lande, dauer-

Lauschten den Ausführungen des Oppositionsführers Dr. Helmut Linssen (CDU, r.): Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD, M.) und sein Stellvertreter, Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE). Links im Bild Finanzminister Heinz Schlußer (SPD). Foto: Schälte



Einschnitten im Landeshaushalt nachhaltige Innovationen nötig, „die zugleich ökologisch, sozial und ökonomisch wirken“. Eine ökologische Steuerreform sei überfällig. In den Kinder-, Jugend-, Bildungs- und Ausbildungsbereich sei weiter zu investieren. Zu Garzweiler: in ihren Augen wäre es eine „Meisterleistung der Koalition“, wenn es ihr gelänge, „aus dem schwierigen und trotz Subventionen in Milliardenhöhe noch nicht abgeschlossenen Umstrukturierungsprozeß bei der Steinkohle Lehren zu ziehen und gemeinsam mit dem Investor statt in die aus ökologischer Sicht keinesfalls innovative Braunkohleverstromung in Energietechniken und in die Fortentwicklung und Nutzung regenerativer Energien zu investieren“.

hafte Mehrausgaben für Schule und Polizei fordern könne und dafür einmalige Mehreinnahmen wie Landesvermögen oder Landesbeteiligungen einsetzen wolle. Der Ministerpräsident wies zudem die Behauptung zurück, im Lande fielen nicht oder zu spät die notwendigen Beschlüsse: „In Nordrhein-Westfalen wird keine einzige Entscheidung von Rang, für die wir Verantwortung tragen, verzögert, weder die zu Garzweiler noch zum Flughafen, noch zum Straßenbau.“

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, wünschte sich, der Ministerpräsident hätte „vielleicht etwas sachlicher auf ganz sachlich-präzise Einwände reagiert und nicht in wirklich wilder Polemik um sich

geschlagen“. Wenn er, wie er angekündigt habe, in „richtiger“ Form noch „unbeherrschter, unqualifizierter und hektischer“ agiere, dann „hätten Sie vielleicht endgültig für jeden im Land bewiesen, daß Sie offensichtlich mit dieser Aufgabe überfordert sind“. Dazu komme noch die Abqualifizierung anderer Leute in oberlehrerhafter Art. Es stimme, daß er, Linssen, im letzten Landtagswahlkampf acht Landesministerien vorgeschlagen habe — „allerdings in einem anderen Zuschnitt“. Mit seinem Verweis auf Bonn baue der Ministerpräsident Nebenkriegsschauplätze auf. Und was die Verlegung der Staatskanzlei in den Glasbau des Stadttors Süd angehe, so sei das zwar ein Akt von symbolischer Bedeutung, von der Regierung aber noch nicht durchgerechnet. Solange die Wirtschaftlichkeit nicht nachgewiesen sei, bleibe das ein netter Gag, „der auf Kosten der Steuerzahler gemacht wird, mit deren Geld wir aber sorgfältig umgehen wollen“.

Klaus Matthiesen (SPD) meinte, der Schuß sei nach hinten losgegangen, den die Opposition bei ihrem Generalangriff auf die Regierung habe abfeuern wollen. Wenn man im sportlichen Bereich bleiben wolle, dann komme man nicht um die Feststellung herum: „Wolfgang Clement ist Bundesliga, Helmut Linssen Regionalliga.“ Wenn man in der Analyse der finanziellen Lage des Landes übereinstimme, dann sei es unseriös, mehr Lehrer und Polizisten zu fordern, ohne zu sagen, wie beides in Einklang miteinander zu bringen ist. Die Opposition habe weder inhaltlich noch personell eine Alternative, das sei das Fazit der Debatte.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) warf dem Oppositionsführer vor, auf das wesentliche Thema, die Arbeitslosigkeit, habe er keine Antworten geben können. „Sie haben agiert wie ein kleinkrämerischer Buchhalter, wie ein Sachbearbeiter, der sich nur an Punkten abarbeitet.“ Arbeit müsse billiger werden, Ressourcen seien zu belasten. Erst wenn man diese Umverteilung der Belastung erreiche, könne es gelingen, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen, die in einer globalisierten Welt bestehen können. Wie schon zunehmend auf lokaler Ebene sich zeige, wolle man im Lande einen Agenda-Prozeß beginnen, „der auf eine Verbesserung der Lebensqualität setzt, der dauerhaft konkurrenzfähige Arbeitsplätze schafft, und der den Bedarf für eine Umgestaltung der staatlichen Umweltpolitik definiert“. An diesem Gespräch und Prozeß könnten sich alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligen. Höhn: „Wir machen unsere Aufgaben. Wir machen sie in und für Nordrhein-Westfalen erfolgreich.“

Roland Appel (GRÜNE) machte der Union den Vorwurf, sie habe keine Gegenvorschläge gemacht, sondern lediglich zu den wichtigen Problemen des Landes „Platitüden“ verbreitet — ob die CDU-Wähler im Lande eine solche Oppositionsrolle verdient haben? Was die Rechtspolitik nach der Zusammenlegung von Innen- und Justizressort angehe, so werde man „aufpassen“ und habe „strukturell“ Grund, mißtrauisch zu sein. Appel sprach aber dem Innen- und Justizminister Behrens sein Vertrauen aus: Er wisse, daß der für eine liberale Innen- und Rechtspolitik stehe.

Landesabfallgesetz wird zügig novelliert

Zur Anpassung des Landesabfallgesetzes an das Kreislaufwirtschafts- und das Abfallgesetz des Bundes aus dem Jahr 1994 hat die Landesregierung einen Entwurf vorgelegt (Drs. 12/3143), den der Landtag am 18. Juni nach erster Lesung an den federführenden Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung überwiesen hat. Mit der Novelle soll zudem im Rahmen des vom Bund gelassenen Handlungsspielraums den neuen Entwicklungen und Erfordernissen der Abfallwirtschaft Rechnung getragen werden.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) sagte, der vorgelegte Text sei darauf ausgerichtet, den Kreislaufgedanken nach vorn zu bringen, der vom Bund zu wenig gefördert werde, da der zu sehr auf das Instrument der Selbstverpflichtung vertraue. Auch solle das Landesabfallgesetz im Sinne einer möglichst ortsnahen Beseitigung und der Beseitigungsautarkie ergänzt werden. Ziel sei es auch, die Finanzierung von Biotonnen gerichtsfest zu machen. Ferner müsse man über ein gemeinsames Computernetz mit anderen Bundesländern zu einer effektiveren Überwachung der Abfallströme kommen.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) machte auf die vier Grundsätze seiner Fraktion in der Abfallpolitik aufmerksam. Die SPD wolle bei der Abfallentsorgung ökologische Standards halten und weiterentwickeln; sie strebe eine möglichst flächendeckende Bioabfallsammlung und -verwertung an. Wichtig sei auch, die Funktionsfähigkeit der kommunalen Abfallbeseitigung als öffentliche Daseinsvorsorge im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten; als letztes solle der Schein-

verwertung auf ökologisch bedenklichem Niveau ein Riegel vorgeschoben werden. In der Beratung gelte es, jetzt schnellstmöglich die Zusage gegenüber den Kommunen einzuhalten, die dringend auf dieses Gesetz warteten.

Werner Stump (CDU) sah eine Kontroverse zwischen SPD und GRÜNEN in Sachen Müllbeseitigungsanlagen (MBA), wo gegen den erklärten Widerstand der CDU die Mittel im Haushalt von drei auf zehn Millionen Mark erhöht worden seien, damit wie er sagte, „Frau Höhn ihre MBAs salon- und marktfähig machen kann“. Diese Anlagen erreichten aber erklärtermaßen nicht die Anforderungen der Technischen Anleitung (TA) Siedlungsabfall. An die SPD: „Sie müssen sich entscheiden, was Sie wollen. Sie können nicht aus Koalitionstreue einerseits Kompromisse schließen und sich dann im Rahmen der Öffentlichkeit davon distanzieren.“

Johannes Rimmel (GRÜNE) sah alle von der SPD genannten Eckpunkte im Entwurf der Landesregierung umgesetzt. Der sei ausgesprochen kommunalfreudlich, es bestehe vor Ort ein großes Interesse daran, ihn für die Kalkulation der Gebühren schon im kommenden Jahr zugrunde legen zu können. Der Entwurf stärke die wesentlichen Ziele auch grüner Abfallpolitik: größtmögliche Vermeidung von Abfällen, stoffliche Verwertung auf höchstmöglichem Niveau, Vermeidung von Mülltourismus, Sicherung der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsstrukturen und Verhinderung von zweifelhaften Scheinverwertungen. Seine Fraktion begrüße bei der Umsetzung des Bundesgesetzes ausdrücklich die Einbeziehung neuer Erfordernisse und Entwicklungen in der Abfallwirtschaft sowie die Einführung einer zentralen Stelle zur Überwachung der Abfallströme.

CDU: Keine Kürzung bei der Weiterbildung

An den federführenden Ausschuß für Schule und Weiterbildung hat der Landtag den CDU-Antrag „Bestand der Volkshochschulen und der anderen Weiterbildungseinrichtungen sichern!“ (Drs. 12/3103) überwiesen.

Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU) befürchtete angesichts von Plänen, die Landesmittel für die Weiterbildung um 38 Millionen Mark zu kürzen, daß die Kosten für die Weiterbildung verstärkt auf die Träger und Teilnehmer abgewälzt werden sollen und daß Weiterbildung sich mehr und mehr zu einem Angebot für die Besserverdienenden entwickelt. Wenn dann die zuständige Ministerin von einer Konzentration der Landesförderung auf Kernbereiche spreche, dann werde das sehr schnell „zum Zusammenbruch der jetzigen Weiterbildungsstruktur und zum Kaputtsparen der Weiterbildung führen“. Die Regierung solle von Kürzungen in diesem Bereich absehen und im Sinne des Antrags sich mit einer punktuellen Verbesserung des Weiterbildungsgesetzes einverstanden erklären.

Manfred Degen (SPD) kritisierte, die Forderungen des Antrags erinnerten mehr an einen „Wunsch Katalog als an einen Handlungsrahmen, der uns in dieser Situation weiterhilft“. Aufgabe werde es künftig sein, das Geld auf das zu konzentrieren, „was unbe-

dingt erhaltenswert ist, und was wir für wichtig halten“. Dazu gehörten die politische Bildung und der Bereich der Schulabschlüsse.

Brigitte Schumann (GRÜNE) betonte die Bedeutung der Weiterbildung auf dem Weg zu autonomen, selbstbewußten und verantwortungsvollen Menschen. Dazu brauche man die Weiterbildungseinrichtungen und deren Häuser, deren Grundlage vor allem in der politischen Weiterbildung mit dem Finanzierungsmodell des Teilnehmertags verwoben sei. Die Weiterbildung habe im übrigen schon ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung in den letzten Jahren geleistet.

Weiterbildungsministerin Gabriele Behler (SPD) erklärte, mit dem strukturkonservativen Ansatz des CDU-Antrags könne es nicht gelingen, das fachlich Wünschbare mit dem finanziell Möglichen wieder in Einklang zu bringen.

Reinhard Grätz (SPD) nannte es eine enorme Leistung, daß es mit 20 Prozent Landesförderung über die Steuerungsqualität des Weiterbildungsgesetzes gelinge, 80 Prozent Eigenmittel — Mittel der Einrichtungen, der Träger und der Teilnehmer — zu mobilisieren. Das System sei gut, aber müsse unter Finanznot noch zielgerichteter ausgebildet werden.